Erscheint täglich
früh 6½ Uhr

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 182. Mittwoch den 1. Juli 1891. 85. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Wegen Weiterführung der Wasserrohrleitung wird
die Wurzener Straße
vom Mittwoch, den 1. Juli dieses Jahres ab auf die Dauer der Arbeiten für allen Fahrverkehr gesperrt.

Leipzig, den 29. Juni 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 7888. Dr. Georgi. Leistner.

Bekanntmachung.

Wegen Einführung der Wasserleitung wird
die Friedrichstraße zu Leipzig-Plagwitz
von Donnerstag, den 2. bis mit 4. Juli dieses Jahres für allen Fahrverkehr gesperrt.

Leipzig, am 29. Juni 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 7886. Dr. Georgi. Leistner.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom 22. bis mit 28. Juni d. J. im Argandbrenner bei 2,5 Millimeter Druck und 150 Litern stündlichem Consum das 18,9fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0,454.

Leipzig, am 29. Juni 1891.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Stockholz-Auction.

Mittwoch, den 8. Juli d. Js., sollen von Nachmittags 2½ Uhr an im Forstreviere Connewitz auf dem Mittelwaldschlage in Abth. 4f und 5a, dem sogen. Koitzsch,
ca. 600 Haufen hartes, klein gemachtes Stockholz
unter den im Termine aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Mittelwaldschlage im Koitzsch an der hohen Brücke bei Connewitz und dem Wegen nach der Waldschänke.

Leipzig, am 26. Juni 1891.

Des Raths Forst-Deputation.

Holz-Auction.

Im Universitäts-Holze bei Liebertwolkwitz sollen Montag, den 6. Juli d. Js.*), von Vormittags 10 Uhr an
3 fichtene Stämme von 28—38 cm Mittenstärke und 10—14 m Länge,
287 eichene Klötzer von 10—76 cm Ober- bez. Mittenstärke und 2—10 m Länge,
6 aspene Klötzer von 19—24 cm Ober- bez. Mittenstärke und 5—7 m Länge und
7 birkene Klötzer von 16—21 cm Oberstärke und 4 m Länge
meistbietend verkauft werden.

Kauflustige werden ersucht, zu der angegebenen Zeit
auf dem Kahlschlage in den sogen. „Saulöchern"
der Universitäts-Waldung sich einzufinden. Die geordneten Anzahlungen sind sofort nach dem Zuschlage zu bewirken.

Leipzig, am 28. Juni 1891.

Universitäts-Rentamt.
Gebhardt.

*) Nicht wie früher angegeben, den 2. Juli.

Die Erneuerung des Dreibundes.

Die Erneuerung des Dreibundes wird von allen Seiten bestätigt, und wie aus Helgoland gemeldet wird, hat Kaiser Wilhelm in freudiger Erregung dem Director Nissen auf der Fahrt von Hamburg nach Helgoland mitgetheilt, daß der Bund auf weitere sechs Jahre verlängert sei. Die italienischen Ultraradicalen scheinen davon Wind bekommen zu haben, daher ihre furchtbare Wuth über die Erklärung Rudini's, daß Italien an der Bündnißpolitik festhalte und daß der Friede auf lange Zeit gesichert sei. Die Zustimmungskundgebungen aus England lassen erkennen, daß die Antwort, welche Fergusson neulich im englischen Unterhause auf eine Anfrage über Englands Stellung zum Dreibunde ertheilte, nicht wörtlich zu nehmen ist, sondern daß sie nur bestimmt war, das Geheimniß der erfolgten Abmachungen zu bewahren. Die „Morning Post" gestattet einen Blick hinter die Coulissen, indem sie feststellt, daß Italien die Erhaltung des Gleichgewichts im Mittelmeer für nothwendig erachtet und seinen Verbündeten zu Lande wie zur See treu bleibe. In diesem Zusammenhang kann man die Worte „zur See" nur auf England beziehen, also besteht auch eine Interessen-Gemeinschaft des Dreibundes mit England, wenn sie auch nach Lage der Verhältnisse nicht in Form eines Vertrages ausgedrückt sein kann. England ist so zu sagen moralischer Verbündeter der Centralmächte, und das ist nicht ohne Bedeutung, wenngleich daraus keine bestimmten Erwartungen auf positive Leistungen Englands im Kriegsfalle begründet werden können. England wird, wenn es ihm vortheilhaft erscheint, zu Gunsten des Dreibundes mit seiner Seemacht eingreifen, weiter nichts.

Es ist in neuester Zeit wieder die Frage angeregt worden, ob das Verhältniß Deutschlands zu Rußland durch die freundschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu England leiden könne. Bei Stellung dieser Frage ist nicht berücksichtigt worden, welche Beziehungen zwischen Oesterreich und England und zwischen Italien und England bestehen. Soll Deutschland dem britischen Reiche vielleicht demonstrativ den Rücken wenden, während Oesterreich und Italien mit England bei jeder Gelegenheit Freundschaftsversicherungen austauschen? Es darf nicht vergessen werden, daß der Bund zwischen Oesterreich und Deutschland im Jahre 1879 durch directe Kriegsdrohungen Rußlands gegen Deutschland veranlaßt worden ist, daß dieser Bund also seine Spitze gegen Rußland wendet, obgleich Deutschland die orientalische Frage als eine ihm fern liegende Angelegenheit betrachtet. Die „Times" erinnerte in diesen Tagen daran, daß Oesterreich-Ungarn das ihm auf dem Berliner Congreß ertheilte Mandat, Bosnien und die Herzegowina zu verwalten, in ausgezeichneter Weise ausgeführt und dort Ruhe und Frieden geschaffen habe. Aber das Cityblatt hatte dabei einen Hintergedanken, und das war die Nutzanwendung auf die Culturmission, welche England in Egypten erfüllt habe. Man kann daraus entnehmen, in welchem Sinne England sein Verhältniß zum Dreibunde auffaßt. Ihm ist es um Sicherung seines Besitzes in Egypten zu thun, die Interessen Oesterreichs und Italiens im Mittelmeer kommen erst in zweiter Linie in Betracht. Diese Seite der englischen Politik überlassen wir uneingeschränkt unseren Verbündeten, für uns kommt das Gewicht hauptsächlich in Frage, welches die englische Flotte der französischen gegenüber ausübt. Es kann Deutschland nicht einfallen, die englischen Interessen Rußland gegenüber mit seinen Streitkräften in Afghanistan zu stützen und zu vertheidigen, wir haben auch keine Veranlassung, uns für das Verbleiben Englands in Egypten zu begeistern, aber England hat ein starkes Interesse daran, die Seemacht Frankreichs nicht in dem Maße wachsen zu lassen, daß Englands Einfluß im Mittelmeer darunter leidet. Unter diesem Gesichtspuncte ist ein Sieg Deutschlands über Frankreich zu Lande zugleich ein Sieg Englands zur See, und daß sich England bemühen wird, den letzten aus eigener Kraft zu vervollständigen, bedingt seine Stellung im Mittelmeer, welche neuerdings ihren Hauptstützpunct in Egypten gewonnen hat.

Der Dreibund ist seiner Entstehung und seinem Zweck nach nicht ein Trutz-, sondern ein Schutzbündniß, wie das in dem vor Kurzem bei Gebhardt und Wilisch in Leipzig (Renger'sche Buchhandlung) erschienene Buch: Die mitteleuropäische Friedensliga von Dr. Kobolsky sehr hübsch und anschaulich auseinander gesetzt wird. Es ist also eine gänzlich haltlose Unterstellung, daß irgend eine Anknüpfung, die das Deutsche Reich nach der einen oder andern Seite hin sucht und findet, die Interessen anderer Mächte verletzen könnte. Das Wort Interesse ist vieldeutig, jeder legt es sich nach seinen Wünschen und Bedürfnissen aus. Eine Macht, welche Eroberungspolitik treibt, wie Rußland, findet ihre Interessen nur da gewahrt, wo sie Gelegenheit zur Durchführung ihrer Absichten findet. Daher widerstrebt Rußland jede Abmachung, welche seine bezügliche Absicht durchkreuzt. Nun wäre es freilich eine schwere Ungerechtigkeit, wenn man England Rußland gegenüber als Muster einer friedlichen Macht aufstellen wollte. Englands Ländersucht ist so groß, daß sie sich überall bemerkbar macht, wo es ohne Gefahr geschehen kann. England hat auf Egypten nicht mehr Recht, als Rußland auf die europäische Türkei, und die ganze Art und Weise, wie England sich an dem Antritt der Erbschaft der Türkei schon bei ihren Lebzeiten betheiligt hat, stellt England ein beschämendes Zeugniß für seine auswärtige Politik aus. Nach Beendigung des Berliner Congresses erschien England plötzlich mit einer Veränderung der Karte Europas auf dem politischen Schauplatz, welche allgemeine Ueberraschung verursachte, und das war die Annexion der Insel Cypern. Damit aber nicht zufrieden, nahm es vier Jahre später Egypten in Besitz und hat im Jahre 1890 am 1. Juli einen Vertrag zu Stande gebracht, welcher ihm die Schutzherrschaft über Zanzibar und Witu verschafft hat — der Abmachungen mit Portugal nicht zu gedenken.

Frankreich wendet die ungeheuren Mittel für Militairzwecke seit zwanzig Jahren keineswegs zum Spaße auf, solche Truppenmassen vereinigt man nicht, wenn man nicht kriegerische Absichten hegt, und eingestandenermaßen sind ja auch die Wünsche Frankreichs darauf gerichtet, die Niederlage der Jahre 1870 und 1871 durch einen siegreichen Feldzug auszugleichen, welcher ihm vollen Ersatz für das Verlorene bietet und ihm neue Gebiete sichert.

Solchen Bestrebungen steht der Dreibund gegenüber, und um des Friedens willen muß er sich darein ergeben, daß er seine Aufgabe allein darin erblickt, den europäischen Zustand aufrecht zu erhalten, unter Beiseitelassung aller außereuropäischen Angelegenheiten, und wenn deren Zusammenhang mit den europäischen Angelegenheiten auch noch so greifbar ist. Der Dreibund ist mächtig genug, um auch auf diese Dinge seinen Einfluß zu erstrecken, wenn auch der Zusammenhang sich nicht immer auf den ersten Blick ergiebt. Der europäische Friede ist ein sehr complicirtes Wesen, dessen Lebensäußerungen alle noch so weit entlegenen Gebiete in Mitleidenschaft ziehen. Die Ziele Rußlands und Englands gehen weit über Europa hinaus, Frankreich macht große Anstrengungen, um es beiden als Colonialmacht gleich zu thun, es fehlt aber an den dazu erforderlichen Fähigkeiten. Deutschland befindet sich noch in den Anfangsstadien seiner colonialen Entwickelung, aber diese lassen gute Erwartungen für die Zukunft hegen.

Leipzig, 1. Juli.

* Eine Entscheidung des Bundesraths in der Frage der Wiederzulassung der Redemptoristen soll, wie verlautet, in der gegenwärtigen, demnächst zu Ende gehenden Session des Bundesraths nicht mehr zu erwarten sein, sondern erst im Herbst.

* Das Reichs-Versicherungsamt hat entschieden, daß diejenigen Personen, welche vor dem 1. Januar 1891 von einer durch den Bundesrath inzwischen als besondere Casseneinrichtung zugelassenen Casse (Knappschaftscasse ꝛc.) pensionirt worden sind, nicht berechtigt sind, ihre Befreiung von der Versicherungspflicht der Invaliditäts- und Altersversicherung in Antrag zu bringen, wie dies gesetzlich den Personen, welche eine Unfallrente in Höhe des Mindestbetrages der Invalidenrente beziehen, zusteht.

* Legationsrath v. Schuckmann aus der Colonialabtheilung des Auswärtigen Amtes wird sich, nach der „Münch. Allg. Ztg." behufs Vertretung des erkrankten, in Teneriffa befindlichen Gouverneurs Zimmerer am 6. Juli von Hamburg nach Kamerun begeben. Mit ihm wird Freiherr von Gravenreuth hinausgehen, der mit einem besonderen Auftrage für Kamerun versehen ist.

* Sewer Habji, der sich verpflichtet hat, die Träger für den Transport des Wissmann-Dampfers nach dem Victoria-See zu stellen, telegraphirte in den letzten Tagen, daß 6000 Träger bereit seien und außerdem Stokes mit einer großen Karawane an der Küste sei. Herr Major von Wissmann hatte sich in Berlin auch mit Fachmännern über die Möglichkeit berathen, kleine bewegliche Feldbahnen für den Transport zu benutzen, ist aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß es mit Trägern und eigens construirten Wagen besser gehen wird. Die drei Compagnien der kaiserlichen Schutztruppe, die ihm gestellt werden, werden durch Formirung einer Compagnie Irregulärer auf ein Bataillon vermehrt; außerdem will man den Weg festlegen und theilweise bauen, was für spätere Unternehmungen von Wichtigkeit sein kann.

* Der „Reichsanzeiger" publicirt einen Allerhöchsten Erlaß vom 27. April 1891 über die Organisation der preußischen Gewerbe-Inspection. Darnach treten den technischen Räthen der Regierung gewerbetechnische Räthe hinzu. Diese haben zugleich die Geschäfte der Fabrikaufsichtsbeamten im Sinne des §. 139b der Gewerbeordnung zu besorgen. Zur Unterstützung der gewerbetechnischen Räthe in der Wahrnehmung der Gewerbe-Inspection werden für bestimmte Bezirke gewerbetechnische Beamte angestellt, denen zugleich die Revision der Dampfkessel übertragen werden kann. Der Handelsminister wird ermächtigt, bei den Regierungen zur Vertretung oder Unterstützung der Regierungs- und Gewerberäthe Gewerbe-Inspectoren mit der amtlichen Stellung der Regierungs-Assessoren anzustellen. Die Amtsbezirke der Regierungs- und Gewerberäthe und der Gewerbe-Inspectoren werden von dem Minister für Handel und Gewerbe bestimmt. Die Vorschriften über die Vorbildung und Prüfung der gewerbetechnischen Beamten sind auf Vorschlag des Ministers für Handel und Gewerbe vom Staatsministerium zu erlassen.

* Zum Chef der politischen Abtheilung der Berliner Polizei ist, wie die „Volksztg." mittheilt, der Regierungsrath Hautville in Cassel ernannt worden, daselbst bisher Justitiar bei der Finanzabtheilung der Regierung. Der Ernannte war bereits früher als Polizeibeamter in Berlin thätig und wurde von da nach Cassel versetzt.

* Die preußische Regierung verfolgt selbstredend mit dem größten Interesse die Untersuchung in der Stempelangelegenheit des Bochumer Vereins. Es sind Erhebungen im Gange, welche, ohne auf die Untersuchung selbst irgendwie zurückzugreifen, die Eisenbahnunfälle und andere damit zusammenhängende Fragen in Betracht ziehen dürften. Eine gemeinsame Publication des Ministers der öffentlichen Arbeiten und des Handelsministers dürfte binnen Kurzem zu gewärtigen sein.

* Dem preußischen Herrenhausmitgliede von Koscielski wird von einzelnen polnischen Organen besonders daraus ein Vorwurf gemacht, daß er in seiner letzten Rede die Polen genannt habe: „polnisch sprechende Preußen" in dem Sinne, als ob zwischen den deutschen Preußen und den Polen kein anderer Unterschied als der der Sprache sei.

* Das Centrum glaubt bekanntlich in den katholischen Gesellenvereinen eine Hauptstütze gegen die Socialdemokratie zu haben; in Folge dessen hatte namentlich Windthorst die Vereine nach allen Kräften gefördert. Es ist schon gemeldet, daß eine Generalversammlung der geistlichen Präsiden der katholischen Arbeiter-Vereine im Herbst abgehalten werden soll. Wie wir erfahren, wird diese Versammlung im Herbst in Köln stattfinden. Auf derselben wird Bericht erstattet werden über die Lage der Arbeitervereine in Ost-, Süd- und Mitteldeutschland, sowie über die in den Diöcesen Köln, Trier, Münster und Paderborn bestehenden Vereine. Ueber die Frage: „Wie ist eine engere Vereinigung der Arbeitervereine herzustellen?" wird Reichstags- und Landtags-Abgeordneter Hitze und über die Frage: „Wie sind die Socialdemokraten zu bekämpfen?" Dr. Oberdörffer sprechen.

* Aus Thüringen wird uns geschrieben: „Verschiedene unserer Thüringer Freisinnsorgane verkünden seit einigen Tagen, daß allgemeiner Nothstand eingetreten und es den Arbeitern bereits an Brod fehle. Recht bezeichnend schreibt darüber das „Sonneberger Tageblatt": „Der Nothstand beginnt bereits", so leitet das hiesige Freisinnsblatt einen Agitationsartikel ein, und an anderer Stelle wird das Volk durch einen Artikel aufzureizen versucht, welcher die Spitzmarke trägt: „Es wird weiter gehungert". — Wie stimmt nun zu diesem angeblichen allgemeinen Nothstand der gerade in diesem Jahre auffallend starke Besuch von Vergnügungen aller Art, wie z. B. gegenwärtig der Besuch des Schleizberger Vogelschießens? Auf dem Festplatze findet man wogende Mengen aller Gesellschaftsclassen vertreten und die Festbesucher haben — glücklicher Weise — auch die Mittel, ihre knurrenden Magen zu beruhigen. Wir freuen uns, daß es so ist, aber eben weil es so ist, sollte man nicht den Frevel begehen, einen allgemeinen Nothstand an die Wand zu malen."

* Bei der Wahl zum Bezirkstag in Dieuze wurde der der gemäßigten Richtung angehörende Candidat Eigenthümer Müller gewählt; ein Gegencandidat war nicht aufgestellt.

* Die von den Herren G. v. Vollmar und G. Birk, den beiden socialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Münchens, herausgegebene „Münchener Post" schreibt an der Spitze ihrer Ausgabe: Socialdemokratischer Agitationsverein für Südbayern. — In der zum Zweck einer Stellungnahme zur bekannten Rede Vollmar's im Eldorado für den 26. Juni einberufenen Parteiversammlung erschienen 60—70 geladene Gäste, welche nach einer dreistündigen lebhaften Debatte einstimmig folgende Resolution annahmen: „Die vom socialdemokratischen Agitationsverein für Südbayern einberufene Versammlung von Parteigenossen erklärt, dem Genossen Vollmar nach wie vor das Vertrauen zu schenken, sie wünscht, daß er auch fernerhin die parlamentarische Vertretung seines Wahlkreises behalte, hofft aber, daß er schon von seinem Vertrauen in die Reichsregierung abgekommen sein wird, besonders mit Rücksicht auf die Rede des Reichskanzlers in der Kornzollfrage, welche den Widerspruch aller deutschen Parteigenossen herausgefordert hat. Die Parteiversammlung weist endlich jede Einmischung der Werner und Consorten in die Münchener Parteiverhältnisse zurück." Hierzu bemerkt die „Allgemeine Zeitung": Das Herrn v. Vollmar ertheilte Vertrauensvotum ist also nicht ein ganz unbedingtes und scheint nicht ganz glatt zu Stande gekommen zu sein, was bei der früher so überaus dominirenden Stellung Vollmar's unter der Münchener Socialdemokratie beachtenswerth ist. Trotz der Zurückweisung der Berliner Einmischung, deren Stigmatisirung Auer-, aber nicht richtigerweise auf Werner und Consorten beschränkt wird — auch das Berliner Centralorgan „Vorwärts" hatte an Vollmar's Rede Beträchtliches auszusetzen —, scheint nun durch obige Resolution einer schroffen Auseinandersetzung zwischen Berlin und München thatsächlich die Spitze abgebrochen, indem auch die Münchener „Genossen", ebenso wie der „Vorwärts", Vollmar für zu optimistisch erklären. Bemerkenswerth ist noch, daß der Urtheilsspruch über Vollmar nur vor ziemlich wenig „geladenen" Gästen stattfand. Vertreter der Presse hatten bei der Besprechung dieser socialdemokratischen Interna keinen Zutritt.

* Aus Amsterdam, 29. Juni, wird berichtet: Die im königl. Palais zur Aufnahme Ihrer Majestäten des deutschen Kaisers und der Kaiserin getroffenen Vorbereitungen sind nahezu vollendet, die für die Allerhöchsten Herrschaften bestimmten Gemächer sind auf das Kostbarste ausgestattet. — Die hervorragendsten der hiesigen Blätter bringen aus Anlaß des bevorstehenden kaiserlichen Besuchs bereits heute warme Begrüßungsartikel, in welchen der hohen Befriedigung über die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Dynastien und den beiden Völkern Ausdruck gegeben wird.

* Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani" tritt der Prinz von Neapel nach Aufhebung des Lagers von Caserta eine Reise nach Dänemark, Schweden, Norwegen, England und Belgien an.

* Die Nachricht des Pariser „Temps" über einen officiellen Besuch des Großherzogs von Luxemburg in Paris wird von unterrichteter Seite als unbegründet bezeichnet.

* Nach dem „Gaulois" trifft der französische Botschafter am Berliner Hofe, Herr Herbette, am 1. Juli in Paris ein und zwar auf Grund eines von ihm erbetenen Urlaubs zur Regelung persönlicher Angelegenheiten. Der „Gaulois" fügt hinzu, man versichere im Auswärtigen Amte auf dem Quai d'Orsay, daß Herr Herbette nach Beendigung dieses Urlaubs auf seinen Posten zurückkehren und dort bleiben werde. — Der zweite Theil dieser Meldung sei, meint die „Post", wohl mit Vorsicht aufzunehmen.

* Der Pariser „Temps" bespricht die letzte Sitzung der italienischen Kammer und erinnert die äußerste Linke daran, daß das Einvernehmen Italiens mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn vor Allem auf der Politik des Souverains beruhe. Die Frage der italienischen Bündnisse sei nicht durch eine Intervention des Parlaments, sondern direct zwischen dem Könige und dem Volke zu regeln; jeder auswärtige Eingriff könne hierbei nur nachtheilig wirken. — Dreizehn socialistische Deputirte übersandten den italienischen socialistischen Deputirten ein Telegramm, in welchem sie ihrer Befriedigung darüber Ausdruck gaben, daß dieselben die Anhänger des Dreibundes bekämpft hätten.

* Im ganzen russischen Reich sind die Lehrer an den deutschen Schulen vom Unterrichtsminister verständigt worden, daß sie ihre gegenwärtigen Stellungen aufzugeben haben werden, falls sie bis zum September nicht ein gutes Examen in der russischen Sprache bestanden haben. Der angebliche Zweck dieser Verfügung soll der sein, den deutschen Lehrern und Schülern gleiche Geläufigkeit in der russischen wie in der deutschen Sprache zu verschaffen.

* Der König Alexander von Serbien wird in etwa 14 Tagen in Karlsbad erwartet, woselbst der König Milan bereits eingetroffen ist.

* Der Großvezier und der Minister des Aeußeren begaben sich nach der deutschen Botschaft, um für die anerkennenden Worte Sr. Majestät des Deutschen Kaisers über ihr Verhalten in der Räuber-Affaire zu Tscherkesköi zu danken.

* Den Aufständischen in Yemen haben sich mehrere Nomadenstämme angeschlossen. Die Truppen des Sultans haben wiederum eine Niederlage erlitten, weshalb weitere Verstärkungen nach Yemen abgegangen sind. Wie verlautet, hat sich die Türkei infolge des Aufstandes veranlaßt gesehen, mit England von Neuem über die egyptische Frage zu verhandeln.

* Der Dampfer „Adirondack", welcher aus Hayti in New-York eingetroffen ist, bringt die Meldung mit, der Capitain des französischen Kreuzers, welcher im Hafen von Port-au-Prince liegt, habe von dem Präsidenten Hippolyte 350 000 Dollars gefordert als Buße für die Ermordung des französischen Kaufmanns Rigaud.

Socialpolitisches.

* Während der Berathung der letzten Gewerbeordnungsnovelle ist wiederholt das Bedürfniß einer besonderen Regelung der Verhältnisse der Gehilfen im Gast- und Schankwirthschaftsgewerbe hervorgehoben und eine entsprechende Gesetzesvorlage von den Regierungsvertretern auch in Aussicht gestellt worden. Wir glauben der Zustimmung weitester Kreise sicher zu sein, wenn wir den Wunsch aussprechen, daß ein solches Gesetz auch die Weise der Entlohnung dieser Gehilfen ins Auge fassen möge. Bekanntlich ist das Dienstpersonal in Gasthäusern und Restaurationen überall mehr oder weniger, in großen Städten sogar vielfach ausschließlich auf Trinkgelder angewiesen; es kommt sogar der Fall vor, daß die Kellner von den auf diese Weise entstehenden Einnahmen dem Inhaber des Geschäfts noch etwas herauszuzahlen haben. Man sollte meinen, daß das Publicum sowohl wie die Gastwirthschaftsgehilfen beide das gleich dringende Interesse hätten, diesen Zustand endlich beseitigt zu sehen. Aber trotz aller Declamationen über das Trinkgelderwesen wird dasselbe nur noch immer toller. Die wirthschaftliche Ungebundenheit würde weniger schlimm sein, wenn in den einzelnen Häusern wenigstens eine feste Norm für die Bemessung der Trinkgelder bestände. Die Unsicherheit aber, in welcher der Gast sich in dieser Frage befindet, die Sorge, nicht weniger zu geben, als für anständig gilt, und andererseits die Concurrenz der Eitelkeit, die Sucht der Großthuerei, dies Alles hat zur Folge, daß der Durchschnittsbetrag des Trinkgeldes immer mehr in die Höhe geschraubt wird. Kommt dann noch eine so künstliche Arbeitstheilung, wie in den österreichischen Restaurants zwischen Zahl-, Service- und Weinkellner, hinzu, so ist es nicht zu verwundern, wenn allmälig ein Trinkgeld von 20 und mehr Procent der Verzehrbsumme zur Regel wird. Wer sich einem derartigen Unfuge nicht beugen will, ist zum Wechseln in einem Hotel oder Restaurant, auf dessen öftere Benutzung er angewiesen ist, verrufen und verhaßt. Nur durch hohe Trinkgelder wird anständige Behandlung und gute Bedienung erworben. Auf diese Weise hat sich ein Brandschatzungssystem herausgebildet, welches von dem Publicum Opfer fordert, die kein verständig überlegender Haushalter vor seinem wirthschaftlichen Gewissen verantworten kann. Auf der anderen Seite hat das Trinkgeld auch für das Dienstpersonal selbst seine auf der Hand liegenden wirthschaftlichen und moralischen Nachtheile. Der Kellner ist, trotz aller sich bildenden Gewohnheiten, mit der Belohnung seiner Leistungen doch immer dem willkürlichen Ermessen des einzelnen Gastes anheimgegeben; er ist in seinem ganzen Einkommen in der bedenklichsten Weise abhängig von den Zufälligkeiten der Frequenz. Sodann aber hat das Trinkgeld und namentlich die Art, wie es gegeben wird, etwas Demüthigendes und Herabwürdigendes für den Empfänger. Wir wünschen gewiß nicht, die Kellner in den Reihen der Socialdemokraten zu sehen, aber der Behauptung der letzteren, daß das Trinkgelderwesen inmitten der heutigen Anschauungen über die Gleichberechtigung im Arbeitsvertrage die Kellner tief unter den letzten Handarbeiter herabwürdige, können wir nur zustimmen. Es ist geradezu unbegreiflich, wie es noch heute vorkommen kann, daß Söhne wohlhabender Gasthofsbesitzer, die zur Erlernung des Geschäfts eine Zeit lang als Kellner thätig sind, auch ihrerseits an der Entgegennahme von Trinkgeldern keinen Anstoß nehmen. Kurz, gelinde gesagt, ist es ein ganz unleidlicher Anachronismus, der in Gestalt des Trinkgelderwesens in unsere Zeit hineinragt. Daß dasselbe durch die Selbsthilfe des Publicums nicht beseitigt werden wird, hat die Erfahrung bereits bewiesen. Noch weniger wird es ...